113. 1. Ist eine sowohl von der Staatsanwaltschaft, wie vom Angeklagten als Zeuge bezw. Sachverständiger in Vorschlag gebrachte, geladene und erschienene Auskunftsperson ein von beiden Prozeßbeteiligten herbeigeschafftes Beweismittel, und verletzt es ohne weiteres die Gerechtfame der letzteren, wenn die Vernehmung in der Hauptverhandlung sich auf die nur von einem Teile behaupteten Beweisthatfachen beschränkt?

St. P. D. §. 244.

2. Enthalten die Thatbestandsmerkmale der „Unsbentung der Notlage, des Leichtsinnes oder der Unerfahrenheit“ verschiedene, nur redaktionell zusammengefaßte Deliktformen strafbaren Wuchers und deshalb verschiedene „Strafgesetze“ im Sinne des §. 264 St. P. D.?

St. G. B. §. 302 a.

III. Straffenat. Urt. v. 18. Juni 1888 g. N. Rep. 1345/88.

I. Landgericht Hannover.

Auß den Gründen:

Verfehlt sind die prozessualen Beschwerden des Angeklagten N.

1. Es ist richtig, daß, noch bevor auf den Antrag des Verteidigers vom 1. März 1888 gerichtsseitig verfügt worden, Angeklagter unter dem 27. Februar 1888 und wiederholt am 16. März 1888 dem

Gerichte angezeigt hat, er werde den Kaufmann P. als Schutzzeugen unmittelbar zur Hauptverhandlung laden lassen, daß der gleichzeitig von der Staatsanwaltschaft geladene P. auch in der Hauptverhandlung erschienen, jedoch nach Ausweis des Sitzungsprotokolles lediglich als Sachverständiger, nicht als Zeuge abgehört worden ist. Eine Verlegung des §. 244 St.P.D. kann indessen hierin um deshalb nicht gefunden werden, weil, wie das Sitzungsprotokoll gleichfalls beweist, Angeklagter es unterlassen hat, dem Gerichte die durch ihn unmittelbar bewirkte Vorladung des P. als Zeugen anzuzeigen und durch Vorlegung der Zustellungsurkunden zu bescheinigen. Die bloße vorgängige Anzeige, man beabsichtige die unmittelbare Ladung, machte die fragliche Auskunftsperson noch nicht zu einem vom Angeklagten geladenen Zeugen im Sinne des §. 244 St.P.D., und ebensowenig vermag die jetzt in der Revisionsinstanz nachgeholte Weibringung der Zustellungsurkunde das in erster Instanz Verabsäumte zu heilen. Für das erkennende Gericht war P. erkennbar kein vom Angeklagten herbeigeschafftes Beweismittel und somit bestand auch keine prozessuale Verpflichtung, denselben als Zeugen zu vernehmen.

Vgl. Rechtspr. des R.G.'s Bd. 1 S. 549. 660, Bd. 4 S. 14.

Im übrigen sind Anträge auf gleichzeitige Abhörung des P. als Zeugen in der Hauptverhandlung nicht gestellt worden, und es liegt deshalb auch keine Beschränkung der Verteidigung vor.

2. Wichtig ist ferner, daß, während der Eröffnungsbeschluß in Übereinstimmung mit der Anklageschrift in dem wucherischen Verhalten des Angeklagten K. gegen v. B. und S. Ausbeutung der Notlage dieser Schuldner fand, das angefochtene Urteil festgestellt hat, Angeklagter K. habe den Leichtsinns des v. B. und die Unerfahrenheit des S. ausgebeutet. Haltlos aber ist die Rüge, K. sei hiernach auf Grund eines anderen als des im Eröffnungsbeschlusse angeführten Strafgesetzes verurteilt worden, ohne in Gemäßheit des §. 264 St.P.D. auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunktes besonders hingewiesen worden zu sein. Denn sowohl die Eröffnung des Hauptverfahrens wie die Verurteilung gründet sich auf das gleiche Strafgesetz der §§. 302a. 302 b St.G.B.'s. Und wenn die Strafnorm des §. 302 a St.G.B.'s als Begriffsmerkmal für den Thatbestand des Wuchers die wirtschaftliche, sittliche oder intellektuelle Abhängigkeit des Darlehnehmers vom Darlehnsgeber, deren Ausbeutung erfordert wird, als

einen Zustand der „Notlage, des Leichtsinnes oder der Unerfahrenheit“ bezeichnet, so sind damit nicht begrifflich verschiedene Thatbestände bloß äußerlich und redaktionell in eine Vorschrift zusammengefaßt, sondern lediglich verschiedene mögliche Modalitäten der gleichen Begehungsart aufgeführt. Erfahrungsgemäß gehen auf dem Gebiete des Wuchers Not, Leichtsinn und Unerfahrenheit der ausgebeuteten Opfer so häufig ungetrennt nebeneinander her, die eine Eigenschaft durch die andere bedingt, der eine Zustand in den anderen kaum unterscheidbar überfließend, daß die wechselnde Auffassung den weitesten Spielraum hat, ob man mehr Unerfahrenheit oder Not, mehr Leichtsinn oder Unerfahrenheit als die eigentlich vom Wucherer mißbrauchte Schwäche des Geldbedürftigen bezeichnen will. Unter solchen Voraussetzungen des legislativen Gedankens kann nicht wohl von verschiedenen alternativen Deliktformen strafbaren Wuchers im Thatbestande des §. 302 a St.G.B.'s gesprochen werden. Im übrigen gewährte §. 264 Abs. 4 St.B.D. dem Angeklagten ausreichenden Schutz, falls er auf die Veränderung der Sachlage nicht vorbereitet zu sein glaubte, Aussetzung der Hauptverhandlung zu beantragen. Solche Anträge sind nicht gestellt.

Vgl. Entsch. des R.G.'s in Straff. Bd. 3 S. 417.